

64. Andechser Europatag der Paneuropa-Union Deutschland

Posselt: AfD huldigt materialistischen Götzen

Klaus Holetschek fordert Bündnis für Menschenwürde und Freiheit / Christa Naaß
für mehr politische Bildung / Patrick Sensburg ruft nach EU-Konvent zur
Schaffung einer Europäischen Verteidigungsunion

19. 10. 2025

Andechs. Der 64. Andechser Europatag der Paneuropa-Union Deutschland stand unter dem Motto „Europäische Werte – eine Phrase ohne Substanz?“ und befaßte sich mit den geistigen Grundlagen, die die europäische Einigung gegen Bedrohungen im Inneren und im Äußeren stärken können. Der Präsident der Paneuropa-Union Deutschland, **Bernd Posselt**, wandte sich energisch gegen Bestrebungen, die so genannte Brandmauer zur AfD aufzuweichen. Diese „durch und durch rechtsextreme Partei“ stehe im Dienst von mindestens einer fremden Macht und wolle „das Kostbarste zerstören, was christliche Staatsmänner wie Adenauer, Schuman, De Gasperi und Strauß nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut haben, nämlich die Europäische Einigung, den demokratischen Rechtsstaat und die Soziale Marktwirtschaft.“ Posselt warf den rechtsextremen Kräften in Europa vor, das Christentum identitär zu mißbrauchen und materialistischen Götzen wie dem Nationalismus zu huldigen. Nationalismus sei nichts als „historisch verbrämter Egoismus“ und damit das Gegenteil zum Gemeinwohl-Gedanken der christlichen Soziallehre. Dieser bedeute Dienst an der Gemeinschaft, auch wenn man davon keinen Vorteil habe. Das sei richtig verstandener Patriotismus auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene.

Der langjährige CSU-Europaabgeordnete rief die demokratischen Parteien auf, aus den alten Links- und Rechtsschemata auszubrechen, um gemeinsam den Radikalen auf beiden Seiten des politischen Spektrums den Kampf anzusagen. In Frankreich werde derzeit sichtbar, welche katastrophalen Folgen es habe, wenn dies nicht gelinge.

Prof. Ingeborg Gabriel vom Institut für Sozialethik der Universität Wien referierte zum Thema „Menschenwürde – Pfeiler einer Ethik für Europa?“ „Dignitas“, also Würde, sei ursprünglich ein Standesbegriff für bestimmte „Würdenträger“ gewesen. Das Missale Romanum aus dem 6. Jahrhundert habe ihn auf alle Christen bezogen und damit „demokratisiert“. Rechtswissenschaftler betrachteten den Begriff oftmals rein juristisch, dabei sei er zur Voraussetzung des Rechts geworden, wie etwa im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Dieses erkläre die Menschenwürde für unantastbar, und es sei die „Verpflichtung jeder staatlichen Gewalt“, sie zu schützen. Die 1919 geschaffene österreichische Verfassung kenne eine solche allen anderen Normen übergeordnete Formulierung noch nicht, aber die EU-Grundrechtecharta habe sich daran orientiert. Menschenwürde und Menschenrechte seien 1989 ein wesentlicher Impuls für die Freiheitsbewegung in Mittel- und Osteuropa gewesen, wobei Gabriel kritisch anmerkte, daß man in der Folgezeit die reinen Freiheitsrechte vielleicht etwas überbetont und die sozialen Rechte eher vernachlässigt habe. Zudem wandte sich die Theologin gegen Bestrebungen, den grundlegenden Werten ihren universalen Charakter abzusprechen: „Sie sind universal, und wir müssen sie universal verteidigen.“

Der Augsburger Europa- und Verfassungsrechtler **Dr. Dirk Voß**, Vizepräsident der internationalen Paneuropa-Union, nahm Bezug auf den naturrechtlichen Charakter der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, nach der alle Menschen von ihrem Schöpfer mit unveräußerlichen Rechten ausgestattet seien und nicht nur ein Volk und eine Rasse. Diesem Dokument, das 2026 zweihundertfünfzig Jahre alt werde, entspreche in der EU die Grundrechtecharta, die vor 25 Jahren entstanden sei, mit der Präambel „In dem Bewußtsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes gründet sich die Union auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität.“ Nun komme es darauf an, dieses

Gedankengut auch umzusetzen und sich gegen eine Umwertung der Werte, wie sie schon Nietzsche propagiert habe, zu wehren. Als Beispiele für Inhalte, die man klar und kompromißlos vertreten müsse, nannte Voß den Lebensschutz – also auch den des ungeborenen Menschen – und das christliche Familienbild. Die Europäische Union sei eine Demokratie und damit eine sehr anspruchsvolle Regierungsform, in die sich die Menschen intensiv einbringen müßten. Die Illusion von einem guten König, der für eine gerechte Ordnung Sorge, ohne daß sich der Einzelne selbst anstrengen müsse, führe völlig an der Wirklichkeit vorbei.

Prof. Michael Hochgeschwender vom Amerika-Institut der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität befaßte sich mit der Frage „EU und USA – zerbricht die Wertegemeinschaft des Westens?“ Die Vereinigten Staaten seien zu Beginn ihrer Geschichte zwar eine Republik, aber keine Demokratie gewesen. So habe es bis ins 19. Jahrhundert hinein dort ein Zensuswahlrecht gegeben, sie hätten allerdings von Anfang an die Volkssouveränität zum staatstragenden Prinzip erklärt. Bis heute hätten viele Amerikaner ein sehr positives Verhältnis zur Nation, aber ein sehr kritisches zum Staat. Dieser nehme wiederum seine Aufgaben oftmals recht brutal wahr, zum Beispiel in der Armee. Der Soldat werde dort bewußt gebrochen, um ihn dann neu aufzubauen. Dies habe sehr wenig mit dem deutschen Konzept vom „Staatsbürger in Uniform“ zu tun. Hochgeschwender analysierte ausgiebig die zwar in der amerikanischen Geschichte wurzelnden, aber jetzt in der Ära Trump stark um sich greifenden evangelikalen Strömungen sowie die spezielle Prägung der katholischen Kirche in den USA. Befragt, ob er glaube, daß die demokratische Regierungsform die Präsidentschaft von Donald Trump überlebe, antwortete er mit einem klaren Ja und verwies auf historische Beispiele von autoritären Präsidenten, die insbesondere durch die Bundesstaaten gebremst oder gestoppt worden seien.

Beim Bühnengespräch im Klostergasthof plädierte der Präsident des Verbandes der Reservisten der Bundeswehr, **Prof. Patrick Sensburg**, klar für den Aufbau einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Dafür sei es dringend nötig, die Europäischen Verträge durch eine starke außen- und verteidigungspolitische Dimension zu ergänzen. Als Weg dazu nannte Sensburg die vom Europäischen Parlament geforderte Einberufung eines EU-Konvents, der entsprechende Vorschläge ausarbeitet. Dies sei auch ganz im Sinne der Bundeswehr, die er als international und europäisch sehr erfahrene Armee mit vielen Vernetzungen, wie dem Deutsch-Niederländischen Korps oder der Deutsch-Französischen Brigade, charakterisierte. Der Reservisten-Präsident zeigte sich beeindruckt von der Tapferkeit des ukrainischen Volkes, das aktuell nicht nur sich selbst, sondern Europa schütze: „Man kann nur fünfmal Danke sagen für das, was die Ukraine gerade für uns leistet.“ Außerdem könne Deutschland vom politischen Realismus der östlichen EU-Mitgliedstaaten sehr viel lernen. Sensburg informierte über die Planungen, aus Deutschlands großem Reservistenpotential Schritt für Schritt wieder eine wirksame Abschreckung aufzubauen und gleichzeitig die zivile Infrastruktur durch Friedensinvestitionen so stark weiter zu entwickeln, daß sie im Ernstfall auch militärisch nutzbar sei.

Pater Valentin Ziegler als Vertreter des Klosters legte den Teilnehmern aus 14 Ländern für ihr „anspruchsvolles Denken und Hinterfragen“ der Werte, die Europa ausmachen, die Discretio, die Unterscheidung der Geister ans Herz. Anhand des Europapatrons Benedikt, der in seiner Mönchsregel die Einheit in Vielfalt und die Gastfreundschaft betonte, der Heiligen Hedwig von Andechs, die sich als Herzogin von Schlesien denen zugewandt habe, die am Rand waren, und dem Tagesheiligen Lukas, der als Arzt und mit besonderer Feinfühligkeit für die Armen sein Evangelium und die Apostelgeschichte verfaßt habe, verdeutlichte er den Wert des Menschen als Subjekt, als eigene Person. „Das ist eine unendliche Würde, die wir zugesprochen bekommen haben, egal wie es auf der Welt aussieht.“ Dieses christliche Bewußtsein gelte es in die Welt hinauszutragen, „damit Europa nicht Floskel bleibt, sondern von innen her leben darf.“

Den Gottesdienst in der Andechser Wallfahrtskirche zu Ehren der Heiligen Hedwig zelebrierte Pater **Cyrill Schäfer OSB**, der Leiter des EOS-Verlages der Erzabtei St. Ottilien. In seiner Predigt wies er darauf hin, daß Jesus in seinen Gleichnissen immer wieder Wert darauf lege, „daß Christen nicht nur fromm, sondern auch

klug sein sollten.“ Ausgehend vom Gleichnis von der Witwe und dem ungerechten Richter arbeitete er wesentliche Grundhaltungen für alle aus, die aus einer Position der Schwäche für eine Änderung der Umstände zum Besseren eintreten: Die Witwe lasse sich nicht einschüchtern, sei beharrlich und zeige eine hohe Motivation. Große Frauen wie die heilige Hedwig hätten nicht nur an die eigene Kraft geglaubt - im Kampf um den Fortschritt der Menschheit beziehe man Kraft aus dem Glauben an etwas, das größer sei als man selbst.

Die abschließende Podiumsdiskussion zum Thema „Das geistig-religiöse Erbe der EU – Ferment für die pluralistische Demokratie?“ moderierte **Raphael Wegner**, Lehrer am Erzbischöflichen Gymnasium in Pullach, der zu Beginn die Fragestellung vertiefte: „Jeder redet über europäische Werte, aber unsere Aufgabe ist es, sie mit Leben zu füllen. Welchen Wert hat da das Christentum, weshalb sollte es Nährboden sein? Wie können wir in einer säkularen oder multikulturellen Gesellschaft, wo Religion als Orientierung bei persönlichen und politischen Entscheidungen immer weniger eine Rolle spielt, diese Werte umsetzen und dazu beitragen, daß eine pluralistische Gesellschaft gelingen kann?“

Der Fraktionsvorsitzende der CSU im Bayerischen Landtag, **Klaus Holetschek**, bezeichnete das Christentum als unverzichtbar für das Demokratieverständnis der Zukunft. Europa dürfe man nicht auf Bürokratie, Verbrennerverbot, Entwaldungsrichtlinie und Lieferkettengesetz reduzieren, sondern müsse sich stärker den geistigen Grundlagen der EU zuwenden. Deren zentraler Inhalt sei die Menschenwürde. Er begrüßte, daß über diese Themen wieder eine breite Debatte entbrannt sei, die vor allem das Lebensrecht des Menschen sowohl an seinem Anfang im Mutterleib als auch an seinem Ende betreffe: „Wir brauchen ein übergreifendes Bündnis für diese Werte, für Menschenwürde und Freiheit.“ Alle demokratischen Kräfte müßten aufpassen, „nicht im überbordenden tagespolitischen Prozeß zu vergessen, was wir eigentlich zu verteidigen haben.“ Auch seitens der Kirchen seien Impulse auf diesem Gebiet notwendiger denn je. Holetscheks Appell lautete: „Nicht mehr ausweichen! Wenn wir klare Positionen nicht vertreten, dann wird sich unsere Gesellschaft in Deutschland und Europa immer weiter auseinander entwickeln. Verlieren wir unser Fundament, werden die Radikalen dominieren, und das dürfen wir nicht zulassen.“ Er wünsche sich auch von seiner eigenen Partei eine noch klarere Sprache: „Wir müssen uns etwas trauen und dürfen nicht Angst davor haben, einen Shitstorm zu ernten, wenn man sich zum Glauben bekennt.“ Es sei kennzeichnend, daß es in solchen Fällen gerade jenen an Respekt gegenüber christlichen Positionen mangle, die sonst dauernd Respekt einfordern.

Der Geschäftsführer des Bayerischen Bündnisses für Toleranz **Philipp Hildmann**, zugleich Mitglied der Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche, erinnerte daran, daß das Christentum bereits in seiner Frühzeit zwei wesentliche Grundlagen geschaffen habe: In einer Welt politischer Religion, wo der Kaiser auch ein Gott war, hätten Christen für ihn gebetet und ihn als Mensch gesehen, der seine Macht vor Gott verantworten müsse. Dadurch hätten sie den Staat entgöttert und in Verantwortung vor einer höheren Macht gestellt. Zum zweiten habe Christus durch sein Kommen den Blick vom antiken Ideal des starken, wohlgestalteten, durchsetzungsfähigen Menschen auf den geplagten gebrechlichen Menschen in seiner Schutzgebedürftigkeit gelenkt, woraus nach und nach die Grundidee vom Sozialstaat erwachsen sei. „Wenn diese Grundpfeiler ins Wanken geraten, wird die Welt sehr schnell sehr kalt.“ Das Christentum sei kein totes Erbe, sondern sehr lebendig: „Wir haben eine Wahnsinnsbotschaft, die in der Welt total viele Menschen prägt!“ Zugleich rief Hildmann aber dazu auf, mit anderen Religionen, etwa dem Islam, das Gespräch zu suchen und sie ohne Blauäugigkeit, aber offen und positiv nach ihrem Beitrag für die positive Zukunft des Kontinents zu fragen.

Die langjährige SPD-Landtagsabgeordnete **Christa Naaß** stellte ihren Ausführungen einen Kernsatz des vor 100 Jahren verstorbenen ersten deutschen Reichspräsidenten, Friedrich Ebert, voran: „Demokratie braucht Demokraten.“ Diese müßten aber auch politisch gebildet und zur Mitwirkung herangezogen werden. Die SPD habe bei ihrem Heidelberger Parteitag 1925 nicht nur Vereinigte Staaten von Europa gefordert, sondern auch deutlich gemacht, daß zu ihren Wurzeln der jüdisch-christliche Humanismus und die Aufklärung gehörten. Sie strebe eine Gesellschaft an, die von Miteinander, Toleranz und Vielfalt geprägt sei. Naaß bekannte sich klar

zum Christentum und entwickelte daraus ihre Auffassung von den sozialen Menschenrechten, die in der EU-Grundrechtecharta kodifiziert sind. Alle demokratischen Parteien müßten diese Werte gemeinsam in den Mittelpunkt ihres Handelns stellen. Dies entspreche auch der Tradition der von ihr geleiteten Seliger-Gemeinde, der Organisation der Sudetendeutschen Sozialdemokratie, die bereits in der Habsburgermonarchie sowie in der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit Regelungen wie das Brünner Nationalitätenprogramm und den Mährischen Ausgleich angestrebt habe, damit Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion gleichberechtigt miteinander leben könnten. „Was in der Vergangenheit wichtig war, ist es in der Gegenwart noch mehr, in der wieder Nationalismus und Intoleranz aufkommen.“

Der Augsburger Literaturwissenschaftler **Prof. Klaus Wolf** als Präsident der Bayerischen Einigung wies auf die Präambel der bayerischen Verfassung hin: „Angesichts des Trümmersfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des zweiten Weltkrieges geführt hat, in dem festen Entschlusse, den kommenden deutschen Geschlechtern die Segnungen des Friedens, der Menschlichkeit und des Rechtes dauernd zu sichern, gibt sich das Bayerische Volk, eingedenk seiner mehr als tausendjährigen Geschichte, nachstehende demokratische Verfassung“. Daran erinnere sein Verband jährlich mit der Verfassungsfeier. Um die Verankerung Bayerns in einem Europa der Regionen zu vertiefen, habe sein Vorgänger Florian Besold einen Schülerwettbewerb für eine dritte Strophe des Bayernliedes ausgeschrieben. Die neue Strophe beginne mit „Gott mit dir und allen Völkern“ und ende mit „Goldne Sterne, blaue Fahne und der Himmel weiß und blau.“ Wolf wies auf den gefährlichen Einfluß hin, den die Linke auf Mädchen und die AfD auf Buben über Tiktok ausübe: „Da herrschen Haß, Hetze und Höcke.“ Bayern habe immer hohe Integrationskraft bewiesen – „sogar Norddeutsche wie Thomas Mann haben sich dazu bekannt“. Was mit den Vertriebenen und Flüchtlingen nach dem Zweiten Weltkrieg gelungen sei, müsse heute auch für die Zuwanderung gelten.

Pater Cyrill Schäfer OSB wies darauf hin, daß Traditionen im Weiterreichen transformiert und immer neu erarbeitet werden müßten. Die über Jahrhunderte gewachsene Idee der Achtung vor dem Menschen und der Menschenwürde habe bei Papst Johannes Paul II. einen starken Schwerpunkt gebildet, sodaß sie heute die christliche Botschaft stark präge. „Dabei kommt es auch zum Schulterschluß mit der ehemaligen Konkurrenz, der Aufklärung und dem Humanismus, weil man inzwischen ein gemeinsames Anliegen sehen kann.“ Das Christentum als wichtigster Kulturträger solle zur Beförderung des gemeinsamen Hauses Europa auch mit ähnlichen denkenden Gruppen, etwa aus dem muslimischen oder nichtchristlichen Bereich, zusammenarbeiten, auf sie hören und von ihnen lernen. Den Nationalismus bezeichnete der Benediktiner als „Sündenfall des 19. Jahrhunderts“ und sah sein Anwachsen mit Beunruhigung. Er selbst bevorzuge das Europa der Regionen, „wo die Nation etwas zurücktreten kann“.

Paneuropa-Pressestelle, Dachauer Str. 17, D - 80335 München

Tel. +49 89 554683, Fax +49 89 594768, paneuropa-union@t-online.de